

Offener Brief

An die
Beigeordnete für Soziales, Schule, Jugend und Integration
Frau Annette Berg

8. Oktober 2025

Alarmruf: Sonderpädagogische Förderung am Limit

Sehr geehrte Frau Berg,

aus allen Schulformen der Stadt erreichen die GEW Wuppertal Alarmsignale wegen der unhaltbaren Zustände bei der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die GEW hat deshalb eine Umfrage zur Situation an den Schulen dieser Kinder durchgeführt. Die zahlreichen Rückmeldungen zeigen, dass die Schulen mit schwersten Mängeln kämpfen müssen.

Vor dem Hintergrund, dass alle Grundschulen ab dem nächsten Schuljahr als Schulen des gemeinsamen Lernens ausgewiesen werden sollen, ist es der GEW Wuppertal wichtig, den Verantwortlichen in Kommune einen ungeschminkten Blick auf die Realität der sonderpädagogischen Förderung in Wuppertal zu vermitteln.

Wir erwarten, dass die Verantwortlichen mit ganzer Kraft an der Verbesserung dieser Situation arbeiten, damit Inklusion und sonderpädagogische Förderung nicht nur Worthülsen auf dem Papier bleiben und die Schulen ihren Beitrag zu diesem gesellschaftlichen Auftrag erfüllen können.

Das Schulgesetz gibt vor, dass bei Einrichtung des Gemeinsamen Lernens die personellen und sächlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Diese Voraussetzungen sind in Wuppertal kaum an einer Schule erfüllt. Verantwortlich dafür ist auf der einen Seite das Land NRW, weil es sträflich versäumt, diese personellen und sächlichen Voraussetzungen klar zu definieren und vor allem zu schaffen. Doch auch die Kommune trägt für viele Bereiche eine hohe Verantwortung. In der Folge werden Schulen und auch die Schulaufsicht mit der Mangelverwaltung allein gelassen.

In Wuppertal stehen wir nun vor dieser Situation: Es gibt einen massiven Fehlbedarf an Sonderpädagog*innen. Der extreme Raumangel führt zu extrem großen Klassen und völlig überfüllten Förderschulen. Wuppertal liegt vor allem in den Grundschulen mit durchschnittlich 25,6 Kindern pro Klasse (im Wuppertaler Osten sogar 26,7) weit über dem Landesdurchschnitt von 23,5 Kindern pro Klasse.

Bis zu 30 Kinder sind in den Grundschulklassen fast an der Tagesordnung und in den weiterführenden Schulen die Regel, trotzdem sind nicht selten 5, 6 und sogar 8 Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen in diesen Klassen zu beschulen. Hinzu kommt, dass es immer mehr Kinder gibt, deren individuelle Förderung auch ohne festgestellte Förderbedarfe sehr zeitintensiv ist. Es sind zum Beispiel Schulneulinge, die weder Stift noch Schere halten können und auffälliges Sozialverhalten zeigen. Es sind Kinder, die zunehmend psychische Probleme und problembehaftetes Verhalten zeigen, die den Rahmen der schulischen Ausbildung und Förderung sprengen. Es ist eine sehr stark wachsende Zahl an Kindern, die kaum Konzentration und Durchhaltevermögen zeigt und nach 5 Minuten Unterricht abschaltet, weil sie es nicht mehr gewohnt sind, sich einer Sache länger und ausdauernd zuzuwenden.

Wie soll Förderung geleistet werden, wenn z.B. eine Sonderpädagogin an zwei Schulen insgesamt in 21 Klassen 40 Kinder betreuen muss und zusätzlich noch einen Wust an organisatorischen Aufgaben (Förderanträge, Inklusionshilfeanträge, Beratungsarbeit usw.) leisten muss? Manche Schulen haben sogar gar keine sonderpädagogischen Fachkräfte.

Die dringend notwendige Hilfestellung von Schulbegleitungen klappt häufig nicht. Genehmigte Stunden können nicht besetzt werden, oft ist das Personal überhaupt nicht in der Lage, die Aufgaben zu erfüllen, denn wegen der schlechten Bezahlung und der vielfach befristeten Verträge dieser Kräfte kann oft kein geeignetes Personal gefunden werden. Schulen berichten von 320 genehmigten Stunden für die Schulbegleitung, von denen gerade mal 190 besetzt sind. Das ist kein Einzelfall. Vertretungen aufgrund von Erkrankungen sind sehr schwer zu organisieren, da der Träger zuständig ist. Ein übergreifendes Vertretungskonzept existiert nicht

Problem ist aber auch, dass die Stadt viel zu oft die Genehmigung von Stunden verweigert, was die Schulen und die Kinder wieder in Bedrängnis bringt. Das kommt vor allem dann zum Tragen, wenn Eltern nicht kooperieren, die Stadt dies aber als Voraussetzung ansieht. Für die Kinder mit geistiger Beeinträchtigung, die oft auch einen Pflegebedarf haben, reichen die Stunden nicht aus. Das sind oft Kinder, die ohne Schulbegleitung komplett hilflos sind und noch nicht einmal in der Lage sind, ohne Schulbegleitung ihre Räume zu finden. Oft wurden die Kinder erst nach Schulbeginn zugewiesen, so dass die dringend benötigte Schulbegleitung gar nicht beantragt werden konnte. Ausbaden müssen diese Situation die Kinder und die Beschäftigten in den Schulen.

Weil die Stadt es seit Jahren versäumt genügend Schulraum zu schaffen, mussten allein in diesem Schuljahr zahlreiche Kinder mit geistiger Beeinträchtigung von den Grundschulen aufgenommen werden, obwohl die Eltern die Förderschule gewünscht haben. Jedem muss klar sein, dass die Förderung dieser Kinder, die besondere Aufmerksamkeit benötigen, angesichts der Situation in den Schulen völlig auf der Strecke bleiben muss. Ein Armutszeugnis für unsere Stadt, ein Desaster für die Kinder und ihre Familien.

Schulen berichten, dass Genehmigungsverfahren (AO-SF, Diagnostik etc.) viel zu lange dauern und sich bis zu 1,5 Jahren hinziehen, so dass Kinder in dieser Zeit unversorgt sind und keine Förderressourcen zugeteilt bekommen. Kinder werden als Seiteneinsteiger*innen zugewiesen, obwohl noch keine Diagnostik erfolgt ist bzw. Schulbegleitungen nicht beantragt werden konnten.

Auch die Situation der Förderschulen ist seit Jahren unverändert dramatisch. Massiver Lehrkräftemangel, fehlender Schulraum im Umfang von mindestens zwei weiteren Förderschulen sowie die Zuweisung völlig ungenügender Räumlichkeiten für Förderschulen, viel zu große Klassen, Ablehnungen von Kindern gegen den Elternwillen bzw. weite Wege für die Kinder durch die ganze Stadt von Ost nach West, der notwendige Schülertransport ist in vielen Fällen dafür nicht gesichert.

Wir fragen uns, warum es der Stadtverwaltung und dem Gebäudemanagement nicht gelingt, das seit Mitte Juli 2025 leerstehende Gebäude der ehemaligen Förderschule Hufschmiedstraße in kürzester Frist nutzbar zu machen. Leerstand auf bislang unbestimmte Zeit darf sich die Stadt angesichts des dramatischen Rummangels einfach nicht leisten, zumal bereits schon 2020 von der Stadt öffentlich kommuniziert wurde, dass nach der Zwischennutzung durch das Gymnasium Bayreuther Straße die Weiternutzung des Gebäudes als Förderschulstandort geplant war.

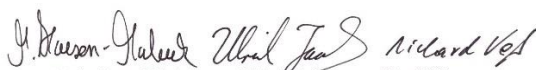
Das alles zeigt: Es ist dringender Handlungsbedarf.

Als Stadtverband der GEW Wuppertal erwarten wir von der Kommune, dass sie schnelle und unbürokratische Lösungen findet, um wenigstens den drängendsten Problemen zu begegnen.

Die GEW schlägt deshalb als ersten Schritt ein Treffen mit den Akteuren der Schulen und der Kommune vor, um gemeinsam einen Handlungsplan für die dringendsten Probleme zu erstellen.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir dazu gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Martina Haesen-Maluck Ulrich Jacobs Richard Voß

Leitungsteam GEW Wuppertal